

**Verordnung
über das Naturschutzgebiet
"Naturwaldreservat Wolfsee"**

Vom 10.01.2002 Nr. 820-8622.01-20/01

Aufgrund von Art. 7, Art. 45 Abs. 1 Nr. 2 und Art. 37 Abs. 2 Nr. 2 des Bayerischen Naturschutzgesetzes - BayNatSchG - (BayRS 791-1-U) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1998 (GVBl S. 593), zuletzt geändert durch § 64 des Gesetzes vom 24. April 2001 (GVBl S. 140), erlässt die Regierung von Unterfranken folgende Verordnung:

§ 1

Schutzgegenstand

Der etwa 6 km südöstlich von Markt Einersheim im Limpurger Forst gelegene Waldbestand wird unter der Bezeichnung „Naturwaldreservat Wolfsee“ in den in § 2 bezeichneten Grenzen als Naturschutzgebiet geschützt.

§ 2

Schutzgebietsgrenzen

- (1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von 68,8 ha und liegt in der Gemarkung Limpurger Forst, Stadt Iphofen, Landkreis Kitzingen,
- (2) ¹Die Grenzen des Naturschutzgebietes ergeben sich aus den Schutzgebietskarten M 1:25.000 und M 1:10.000 (Anlagen 1 und 2), die Bestandteil dieser Verordnung sind.
²Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Karte M 1:10.000.
- (3) Das Schutzgebiet liegt vollständig innerhalb des gemeldeten FFH-Gebietes 6327-301 „Vorderer Steigerwald mit Schwanberg“ sowie des Vogelschutzgebietes 6327-401 „Vorderer Steigerwald mit Schwanberg“.

§ 3

Schutzzweck

- (1) Zweck der Festsetzung als Naturschutzgebiet ist es,
 1. die für den Waldstandort auf Gipskeuper am Steigerwaldanstieg kennzeichnenden natürlichen und naturnahen Lebensgemeinschaften des

Waldes mit ihren Böden, ihren Tier- und Pflanzengesellschaften auf Dauer zu erhalten und in ihrer natürlichen Entwicklung zu sichern,

2. der forstwissenschaftlichen Forschung und der Waldbaupraxis Erkenntnisse für naturnahe Waldbehandlung durch laufende Beobachtungen zu ermöglichen,
 3. allgemein der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung zur Klärung der in unbeeinflussten Lebensgemeinschaften wirksamen Kräfte und der Beziehungen des Waldes zu anderen Lebensgemeinschaften zur Verfügung zu stehen,
 4. als Anschauungsobjekt für eine unbeeinflusste Waldentwicklung zu dienen und
 5. einen unbeeinflussten Lebensraum für ein wichtiges Amphibienvorkommen zu sichern.
- (2) Erhaltungsziel im Sinne des Art. 4 Abs. 4 der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) ist die Wahrung und teilweise Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes des natürlichen Lebensraumtyps 9170 Labkraut-Eichen-Hainbuchenwald (*Galio-Carpinetum*) des Anhangs I der Richtlinie.
- (3) Besonderer Schutzzweck im Sinn des Art. 4 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 79/409/EWG (Vogelschutzrichtlinie) ist der Schutz der Vogelarten und ihrer Lebensräume entsprechend ihrer ökologischen Ansprüche, insbesondere
1. die Erhaltung der Höhlenbäume für höhlenbrütende Vogelarten wie z.B. Spechte, Eulen sowie Hohltauben und
 2. die Vermeidung von Störungen im Umfeld der Horste von Greifvögeln zur Brutzeit.

§ 4 Verbote

- (1) ¹Nach Art. 7 Abs. 2 BayNatSchG sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können. ²Insbesondere sind entsprechend oder gemäß Art. 13c Abs. 1 Satz 1 BayNatSchG Veränderungen oder Störungen verboten, die das Naturschutzgebiet in den für das Erhaltungsziel oder den besonderen Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können. ³Entsprechend oder gemäß Art. 13c Abs. 2 BayNatSchG sind Projekte im Sinn des § 19a Abs. 2 Nr. 8 Bundesnaturschutzgesetz verboten, die das Naturschutzgebiet einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen in den für das Erhaltungsziel oder den besonderen Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können.

⁴Auf dieser Grundlage ist es deshalb insbesondere verboten,

1. neue bauliche Anlagen im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten, auch wenn dies keiner öffentlich-rechtlichen Erlaubnis bedarf,
2. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Auffüllungen, Ablagerungen, Grabungen, Bohrungen oder Sprengungen vorzunehmen oder die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern,
3. Straßen, Wege, Plätze oder Pfade neu anzulegen,
4. oberirdisch über den zugelassenen Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser zu entnehmen, die Quellbereiche, den Wasserhaushalt oder den Grundwasserstand zu verändern oder neue Gewässer anzulegen,
5. Leitungen jeder Art zu errichten oder zu verlegen,
6. jegliche forstwirtschaftliche Nutzung auszuüben einschließlich der Aufarbeitung durch biotische oder abiotische Einwirkungen geschädigter beziehungsweise umgestürzter Bäume,
7. die Bestockung durch Saat oder Pflanzung zu verändern,
8. die Böden sowie die Tier- und Pflanzenwelt zu beeinflussen, insbesondere durch Gras-, Unkraut- oder Schädlingsbekämpfung,
9. neue Wildfütterungen, Wildwiesen oder Wildäcker anzulegen,
10. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen,
11. Pflanzen oder Pflanzenbestandteile einschließlich Pilze zu entnehmen oder zu beschädigen,
12. freilebenden Tieren nachzustellen oder diese mutwillig zu stören, zu fangen oder zu töten, Brut- und Wohnstätten oder Gelege solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
13. Gegenstände oder Zeichen jeder Art anzubringen oder aufzustellen sowie Sachen zu lagern.

(2) Ferner ist nach Art. 7 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 BayNatSchG verboten:

1. außerhalb der vorhandenen Forstwege mit Fahrzeugen aller Art zu fahren oder diese dort abzustellen,
2. das Gelände außerhalb der öffentlichen und privaten Straßen und Wege zu betreten; dies gilt nicht für Angehörige der Staatsforstverwaltung oder sonstige Berechtigte.

3. außerhalb zugelassener Wege zu reiten,
4. Feuer zu machen.

§ 5

Ausnahmen

Ausgenommen von den Verboten nach Art. 7 Abs. 2 und 3 BayNatSchG und § 4 dieser Verordnung sind:

1. Die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie Aufgaben des Jagdschutzes; es gilt jedoch § 4 Abs. 1 Nr. 9,
2. Maßnahmen zur Unterhaltung bestehender Forstwirtschaftswege im notwendigen Umfang,
3. das Fällen von Bäumen, wenn es aus Gründen der Sicherheit für die Benutzung der Straßen oder markierten Wege erforderlich ist, wobei das Holz im Bestand zu belassen ist,
4. die Ernte von Saatgut für Traubeneichen im Bestand 6 b⁰ Dachsrangen und von Saatgut für Stieleichen im Bestand 10 b⁰ Forsthausschlag,
5. Maßnahmen zur Abwendung von größeren Beeinträchtigungen benachbarten Waldes (z.B. durch Schädlingskalamitäten) im Benehmen mit der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF),
6. die Bereinigung eines durch menschliche Eingriffe entstandenen naturwidrigen Zustandes im Benehmen mit der LWF,
7. der Rückbau von im Gebiet befindlichen Forstwegen,
8. das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Gebietes hinweisen, oder von Wegemarkierungen, Warntafeln, Ortshinweisen, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme im Einvernehmen zwischen der Staatsforstverwaltung und der Regierung von Unterfranken - höhere Naturschutzbehörde - durchgeführt wird,
9. die Einrichtung von gezäunten Dauerbeobachtungsflächen durch die LWF,
10. von der LWF veranlasste Forschungsvorhaben, die schonend und ohne Veränderung des Naturwaldreservats durchzuführen sind und deren Ergebnisse der Regierung von Unterfranken - höhere Naturschutzbehörde -, zur Verfügung zu stellen sind.

§ 6

Befreiungen

- (2) Von den Verboten des Bayerischen Naturschutzgesetzes und dieser Verordnung kann gem. Art. 49 BayNatSchG oder entsprechend oder gemäß Art. 49a BayNatSchG im Einzelfall Befreiung erteilt werden.
- (3) Zuständig für die Erteilung der Befreiung ist die Regierung von Unterfranken - höhere Naturschutzbehörde - ; bei Vorhaben der Landesverteidigung und des Zivilschutzes entscheidet über die Befreiung das Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 3, Art. 7 Abs. 3 Satz 4 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Verbot des § 4 Abs. 1 Satz 4 Nrn. 1 - 13 oder Abs. 2 Nrn. 1 - 4 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

§ 8

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt an dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag in Kraft.

Würzburg, 10.01.2002

Regierung von Unterfranken

Dr. Paul Beinhofer

Regierungspräsident